

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 65 (1986)
Heft: 12

Artikel: Die SPS zu den Fortpflanzungstechnologien : künstliche Kinder - manipulierte Gene
Autor: Ecoffey, Eva
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340410>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

nutzten, und die meisten Unternehmungen. Die Steuerreform kann deshalb nicht pauschal als ungerecht oder unsozial bezeichnet werden. Die neuen Spitzenbelastungen sind im internationalen Vergleich allerdings niedrig: So übersteigt der Spitzensatz in Westeuropa (mit Ausnahme der Schweiz!) bei der Einkommensteuer überall 50%, bei der Gewinnsteuer über 40%. Ob die neuen US-Spitzensätze noch dem Leistungsfähigkeitsprinzip entsprechen, ist meines Erachtens zu bezweifeln. Und ob die angestrebte Stärkung der Steuermoral erreicht wird, wird sich erst noch erweisen müssen.

Für die Schweiz ist eine Reform nach US-Muster nicht sinnvoll: Das Steuersubstrat wird besser ausgenutzt, die Steuersätze sind schon heute, international gesehen, sehr niedrig. Dies heisst allerdings nicht, dass unser «Steuersystem» vollkommen

wäre. Im Gegenteil, neben der formellen Steuerharmonisierung sollten die Schlupflöcher bei der Einkommenssteuer gestopft und der proportionale Tarif bei der Gewinnsteuer eingeführt werden. Und die Spitzenbelastungen könnten vor allem in den Steueroasen durchaus etwas angehoben werden. Damit könnte finanzieller Spielraum gewonnen werden, der beispielsweise für gezielte Entlastungen der unteren Einkommen (vor allem der Familien) eingesetzt werden könnte.

Anmerkungen

¹ The President's Tax Proposals to the Congress for Fairness, Growth, and Simplicity, Prentice Hall, Englewood Cliffs, New Jersey, May 1985. Zu den Vorarbeiten vgl. vor allem: Tax Reform for Fairness, Simplicity, and Economic Growth, The Treasury Department Report to the President, Vol. 1: Overview; Vol. 2: General Explanation of the Treasury Department Proposals; Vol. 3: Value Added Tax. Prentice Hall, Englewood Cliffs, New Jersey, November 1984.

² Tax Reform Act 1986, Conference Re-

port to Accompany H.R. 3838, 2 Vols., US Government Printing Office, Sept. 18, 1986

³ Vgl. dazu Adams J.R., *Secrets of tax revolt*. Manhattan Institute for Policy Research. San Diego, London u.a. 1984. Einen kurzen Überblick gibt: Benkert W., *Die Steuerrevolten in den USA - Ablauf, Ursachen und Auswirkungen*, in: *Das Wirtschaftsstudium (WISU)*, 10/1983, S. 471-476.

⁴ Vgl. Tipke K., *Einkommenssteuer - Fundamentalreform*, in: *Steuer und Wirtschaft* 2/1986, S. 153-154.

⁵ Vgl. NZZ Nr. 214 vom 16.9.1986.

⁶ Vgl. Anmerkung 1.

⁷ Vgl. The President's Tax proposals for Fairness, Growth, and Simplicity (May 1985), in: *Steuer und Wirtschaft* 3/1985, S. 265-267; NZZ Nr. 215 vom 17.9.1986, S. 21.

⁸ Vgl. NZZ Nr. 215 vom 17.9.1986, S. 21.

⁹ Vgl. Bundesamt für Statistik, *Steuerbelastung in der Schweiz 1985*, Kantonshauptorte - Kantonsziffern, Statistische Resultate, Bern 1986, S. 17 und S. 67. Total für Bund, Kanton, Gemeinde und Kirche. Nicht rentenbildende AHV-Beiträge sind unberücksichtigt.

¹⁰ Bericht des Bundesrates über Massnahmen zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung, vom 19. Dezember 1983, Bundesblatt 1984 I, S. 132.

¹¹ Vgl. Anmerkung 1, Vorarbeiten, Band 3 (Value Added Tax).

Die SPS zu den Fortpflanzungstechnologien

Künstliche Kinder – manipulierte Gene

Von Eva Ecoffey

Unter dem Titel «Künstliche Kinder – manipulierte Gene» versammelten sich rund 120 Personen in Bern. Die SPS hatte zur Diskussion über die von den neuen Fortpflanzungstechnologien aufgeworfenen Probleme eingeladen. Die inhaltliche und organisatorische Durchführung war von einer SP-Frauen-Gruppe geleistet worden. Die rege Beteiligung an der gesamten Veranstaltung bewies, dass das Thema auf brendendes Interesse stösst: allerdings vorwiegend bei Frauen! Auf 9 Teilnehmerinnen fiel je ein Mann!

Technische Lösungen nichttechnischer Probleme?

Der Einstieg ins Thema erfolgte über den Film «Leihmütter – Leihväter» von Marianne Pletscher. Er löste tiefe Betroffenheit aus. Vielen wurde erstmals bewusst, dass künstliche Befruchtung seit 30 Jahren in der Schweiz praktiziert wird und dass Zehntausende von so erzeugten Kindern bereits unter uns leben. Die Praxis der Leihmutterschaft, in den USA und Frankreich bereits auf kommerzieller Ebene organisiert, schockierte wegen ihres Aus-

beutungs- und Prostitutionscharakters.

In Arbeitsgruppen diskutierten die Teilnehmer Fragen der Fremd- und Selbstbestimmung, der ethischen Problematik (vor allem im Zusammenhang mit den neuen Möglichkeiten, «unpassendes» Leben rechtzeitig zu eliminieren bzw. zu manipulieren), des Kinderwunsches als legitimer (?) Anspruch weisser Oberschichtsmenschen im Gegensatz zu Überbevölkerung, Zwangssterilisation und Baby-Export in der Dritten Welt. Den Abschluss bildete ein durch Lieselotte Schiesser gelei-

tes Podiumsgespräch, an dem Nationalrätin Doris Morf aus den Arbeiten des Europarates berichtete, die Zürcher Kantonsrätin Agnes Guler sich für eine Lösung auf politischer Ebene einsetzte, die Ärztin Elisabeth Weiss auf die Spannung zwischen der Notwendigkeit, individuelles Leiden zu lindern und gesellschaftlichen Ansprüchen gerecht zu werden, hinwies. Die Ethikerin und Feministin Ina Praetorius plädierte für eine kategorische Ablehnung aller Fortpflanzungstechnologien, während Annemarie Rey vom SVSS davor warnte, sich den für die Frauen positiven Möglichkeiten dieser Techniken zu verschliessen. Der Molekularbiologe Claude Levy meinte, die grosse Gefahr drohe nicht von der Behandlung der Unfruchtbarkeit, sondern von der jetzt sich entwickelnden Gentechnologie. Roger Müller, Mitinitiant der Beobachter-Initiative, vertrat die Ansicht, dass der Bund Vorschriften erlassen müsse.

Die Beteiligung des Publikums an der Diskussion fiel zum Teil heftig aus: verständlicherweise, denn es geht um existenzielle Fragen, die alle tangieren.

Die Angst vor unkontrollierbaren Entwicklungen, die sich einmal mehr gegen die Frauen wenden, wurden ebenfalls deutlich ausgesprochen.

Konsenspunkte

Es wäre weder denkbar noch wünschbar gewesen, auf alle Probleme definitive Antworten zu finden. Für mich schien sich am Rande der Tagung jedoch ein Konsens über folgende Punkte herausgeschält zu haben:

1. Jeder Mensch – namentlich jede Frau – muss selbst bestimmen können, was mit seinem Körper und dem aus seinem Körper hervorgegangenen Leben geschieht.

2. Nicht alles Machbare muss gemacht werden. Ina Praetorius hat es so formuliert: «Brauchen wir diese Technologien, um die Welt besser und gerechter zu gestalten?» An diesem Massstab muss die Zulassung der Manipulationen gemessen werden.

3. Menschlich-ethische Probleme sind nicht technisch zu lösen. Es steht auch nicht den Technikern zu, Richtlinien für andere aufzustellen (seien sie nun Forscher, Ärzte, Juristen oder andere Spezialisten).

4. Eine gesetzliche Regelung gewährleistet bessere Kontrolle als irgendwelche von einer Zunft (Ärzte usw.) aufgestellten internen Richtlinien. Das Gesetz soll vor allem helfen, Ausbeutung und Fremdbestimmung zu verhindern.

5. Absolut zentral sind Transparenz und die Information der Bevölkerung.

6. Achtung vor dem Leben (Keime, Embryonen, Föten) ist durchaus vereinbar mit der Forderung nach einer Fristenlösung.

Behandlung der Unfruchtbarkeit – ein qualvoller und teurer Weg

Der Film «Leihmütter – Leihväter» hat klar gemacht, dass die Behandlung der Unfruchtbarkeit bei der Frau einen Jahre dauernden psychisch und physisch leidvollen Weg darstellt. Er kostet auch sehr viel Geld: man schätzt die Kosten für eine Geburt, die auf dem Wege der In-vitro-Befruchtung zustande gekommen ist, auf 90 000 bis 150 000 Franken (andere Schätzungen gehen bis 300 000 Franken). Dabei sind die Chancen sehr klein: von den 10% ungewollt kinderlosen Ehepaaren in der Schweiz gelangt schliesslich ein ganz kleiner Prozentsatz auf diesem Wege zu einem Kind. Wenn man weiss, dass allein die Ärzte bestimmen, wer über-

haupt diese Technologie beanspruchen darf, und dass sie sie verheirateten Frauen (bestenfalls Frauen in einer «festen Beziehung») vorbehalten, stellt sich die Frage der Rechtfertigung eines solchen technischen und menschlichen Aufwandes noch verschärft. Praktisch kann sich nur eine verschwindend kleine Minderheit von Oberschicht-Frauen überhaupt ein solches Kind leisten. Die Frage drängt sich auf, ob immer das Wohl der Menschheit im Vordergrund steht oder ob hier nicht die Experimentierlust und der Profit eine massgebliche Rolle spielen.

Fristenlösung und Embryonen-Verschleiss

Es ist bekannt, dass bei der In-vitro-Befruchtung «überschüssige» Embryonen entstehen, mit denen man oft nicht weiss, was anzufangen. Sie werden für Experimente verwendet oder für späteren Gebrauch eingefroren. Auch diese Praktiken werfen grosse Probleme auf, die es unbedingt zu regeln gilt. Der Einwand, Missbräuche könne man durch Gesetze nicht verhindern, ist fadenscheinig. Dann könnte man ja auf jegliche Gesetzgebung verzichten. Viele nehmen die Sorge der Feministinnen um die Benützung von Embryonen und Föten als Experimentiermaterial zum Vorwand, einen Widerspruch zur Forderung nach Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs zu konstruieren. Nach dem Motto «Aha, ihr seid für den Schutz des Lebens. Dann müsst ihr auch gegen den Schwangerschaftsabbruch sein.» Übrigens reitet auch «Recht auf Leben» auf der Welle des Schutzes der Embryonen: man erinnere sich, dass bei der letzten Abstimmung vor allem mit den Missbräuchen in der Fortpflanzungs-Technologie argumentiert wurde. Für uns besteht je-

doch kein Widerspruch: Angelpunkt ist die Betroffenheit und die Selbstbestimmung der Frau. Sie soll – so früh wie möglich – entscheiden können, ob das in ihr entstehende Leben auszuwachsen soll oder nicht. Sie ist während der Schwangerschaft und nach der Geburt zuständig und verantwortlich für das Kind. Nicht so der Forscher, der Embryonen abgetrennt vom mütterlichen Leib und in Retorten aufzucht. Die Perversität liegt in der Abspaltung, in der

distanzierten Manipulation von Lebewesen im Namen eines fragwürdigen Allgemeininteresses.

Leitlinien der SPS

Die SPS hat zu den Fragen der Fortpflanzungstechnologien noch keine endgültige Antworten gefunden. Noch dieses Jahr werden sich verschiedene Parteikommissionen zusammenset-

zen, um Leitplanken, Richtlinien zu erarbeiten.

Zur Beobachter-Initiative «gegen Missbräuche der Fortpflanzungs- und Gentechnologie beim Menschen» hat bisher die zentrale Frauenkommission folgendermassen Stellung genommen: «Wir empfehlen trotz allem, die Initiative des Beobachters zu unterstützen, und zwar, weil eine gesetzliche Regelung dringend ist und ohne die Initiative in dieser Hinsicht nichts zu erwarten ist.»

Juden als negative und positive Archetypen

Ein Bruch mit der SP

Dieter Zeller über Emanuel Hurwitz' Buch über Antisemitismus

Als 1984 Emanuel Hurwitz aus Protest gegen «antiisraelische Tendenzen» der SP und dem Zürcher Kantonsrat den Rücken kehrte, erschien mir dieser Schritt zwiespältig. Einerseits versuchte ich, Hurwitz als direkt Betroffenen zu verstehen. In der Tat waren – vor allem im Gefolge des Einmarsches israelischer Truppen in den Libanon im Jahre 1982 – auch in einzelnen SP-Organen Polemiken gegen den jüdischen Staat und selbst gegen Juden zu lesen, die weit über eine sachliche Kritik eines auch von Hurwitz nicht bestrittenen katastrophalen Fehlers der israelischen Politiker und Militärs hinausgingen. Auf der andern Seite konnte ich den Schritt von Hurwitz vor allem in bezug auf den Zeitpunkt, zu dem er erfolgte, nicht begreifen. Denn nach heftigen Auseinandersetzungen, die nicht nur im Rahmen der SP, sondern auch in innerjüdischen Kreisen zum Teil extreme Formen annahmen (ich erinnere mich mit Unbehagen an einen Leserbrief in der «Jüdischen Rundschau», in dem eine Gruppe kritischer Juden, die

den Libanon-Feldzug verurteilten, als «Quislinge» bezeichnet wurden), setzte – besonders nach der Übernahme der israelischen Regierungsspitze durch Shimon Peres – innerhalb und ausserhalb der SP eine bedeutend differenziertere Beurteilung Israels und seiner Politik ein.

Was den Antisemitismus als «beständiges Gefühl» (Henryk M. Broder) selbst anbetrifft, so ist zuzugeben, dass er leider weltweit wieder zunimmt und – neben Kreisen der extremen Rechten – die sogenannte Neue Linke aus Gründen, die zu untersuchen wären (und z.T. von ehemaligen jüdischen Anhängern dieser Neuen Linken wie z.B. Alain Finkielkraut 1982 und Henryk M. Broder, zuletzt 1986, auch analysiert worden sind), wesentlich zu seiner erneuten Verbreitung beigetragen hat. Trotzdem scheint mir die Erkenntnis, dass es während der gesamten Geschichte des modernen Sozialismus – einschliesslich gewisser Äusserungen seines theoretischen Begründers, des Juden Karl Marx – immer Antisemitismus gege-

ben hat, ein zu schwaches Argument zu bieten, um als fortschrittlich gesinnter Genosse jüdischer Herkunft mit dem Sozialismus und insbesondere mit seiner demokratisch-pluralistischen Ausprägung, wie ihn die SP vertritt, einfach zu brechen. Denn so oft sich antisemitische Züge – direkt oder als Antizionismus getarnt – in die demokratische Linke einzuschleichen versuchten, haben sich andere Vertreter dieser Linken entschieden und unmissverständlich sowohl für die Juden und in neuerer Zeit auch für den Staat Israel ausgesprochen.

Dies bestätigen den Sozialdemokraten selbst bürgerliche Kreise, und in meiner nunmehr über 27 Jahre dauernden Mitgliedschaft bei der SP habe ich – auch in schwierigen Zeiten – kaum andere Erfahrungen gemacht.

Antwort an die Genossen

Diese persönliche Einleitung schien mir nötig, um als Sozialdemokrat auf das kürzlich erschienene Buch «Bocks fuss,